Kaske: Wer die AK schwächen will, trifft in Wahrheit die Beschäftigten

2017-08-21 17:33

AK Präsident warnt Parteien vor Wahlkampf zu Lasten der Beschäftigten

"Wer die Pflichtmitgliedschaft in Frage stellt, will in Wahrheit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schwächen", sagt AK Präsident Rudi Kaske zu Vorschlägen der FPÖ, die Pflichtmitgliedschaft abzuschaffen und die Kammerbeiträge zu halbieren.

"Die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern sichert die hohe Kollektivvertragsabdeckung von nahezu 98 Prozent. Das bringt für Millionen Beschäftigten in Österreich faire Bezahlung und kollektivvertraglich abgesicherte Rechte." Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Kollektivvertragsabdeckung nur bei 58 Prozent. Dort gibt es einen viel größeren Niedriglohnsektor als bei uns. "Wer die Pflichtmitgliedschaft angreift, rüttelt an der Sozialpartnerschaft, einem nach wie vor gut funktionierenden Lohn- und Sozialsystem, um das uns Europa beneidet.

Wer für die ArbeitnehmerInnen ist, kann nicht gegen die Arbeiterkammer sein", so Kaske weiter.

Zwei Millionen Mal im Jahr werden die AK Mitglieder in den Arbeiterkammern beraten. Insgesamt holten die Kammern im Jahr 2016 über 532 Millionen Euro für ihre Mitglieder dabei heraus, mehr als sie an Beiträgen einnehmen. Der durchschnittliche AK-Mitgliedsbeitrag beträgt genau 6,91 Euro netto im Monat. Diese solidarischen Mitgliedsbeiträge werden gebraucht, um die Leistungen der AK in der Beratung, im Rechtsschutz, bei Firmeninsolvenzen und im Konsumentenschutz zu finanzieren.

"Wer um Wahlen zu gewinnen diese solidarische Schutzgemeinschaft für die Beschäftigten angreift, setzt ein hohes Gut aufs Spiel, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schätzen wissen", warnt Kaske. "Verantwortungsvolle Politik im Sinne der Beschäftigten sieht anders aus."